

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917

470 (9.10.1917) Mittagsblatt

Badische Landeszeitung

Samstag-Beilage: Kriegsdrachberichte der Woche

Ausgabe: Wöchentlich zweifach. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen M. 3.46, in das Haus gebracht M. 3.75, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr M. 3.45 gegen Vorausbezahlung. **Zugangsgebühr:** Die einseitige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechende Ermäßigung. **Anzeigen-Nachnahme** in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Poststraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.



Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walter Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drohberichte Karl Binder; für Reklame und Anzeigen Mathilde Schumann; sämtliche in Karlsruhe. **Sprechzeit der Schriftleitung:** vormittags 1/10—1/11 Uhr, nachmittags 1/5 bis 1/6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400. **Druck und Verlag:** der Badischen Landeszeitung, G.m.b.H., Gießstraße 9, Karlsruhe.

Nr. 470 76. Jahrgang. Karlsruhe, Dienstag, 9. Oktober 1917 76. Jahrgang. Mittagsblatt.

Deutscher Abendbericht.

W.B. Berlin, 8. Okt., abends. (Amtlich.) Im Westen nur an der flandrischen Front Feuerkampf wechselnder Stärke. Im Osten nichts von Bedeutung.

Die Gefangenen und die Beute an der Westfront.

W.B. Berlin, 8. Okt. (Nicht amtlich.) Die Seeresleitung gibt die gewaltigen Zahlen der an der Westfront gemachten Gefangenen und eingebrachten Beute für Juli-September bekannt, aus denen auch hervorgeht, daß Hindenburg trotz der Defensivtaktik an dieser Front ungetrübte Erfolge erzielte. In der genannten Zeit wurden von der Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht, Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht nicht weniger als 337 Offiziere und 13 512 Mann als Gefangene eingebracht, 41 Minenwerfer und 483 Maschinengewehre fielen in deutsche Hände, ferner wurden 4 Geschütze und 11 feindliche Flugzeuge erbeutet.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

W.B. Wien, 8. Okt. (Nicht amtlich.) Wird verlautbart: Im Kosovo lebte an zahlreichen Stellen das Artilleriefeuer härter auf. Besondere Steigerung erfuhr es auf der Hochfläche von Vainizza-Selliga. In Infanteriekämpfen kam es nur im Gabriele-Abchnitt, wo um Mitternacht italienische Vorstöße abgewiesen wurden. — Sonst nirgends besondere Ereignisse.

Der Chef des Generalstabs.

U-Boots-Beute.

W.B. Berlin, 8. Okt. Welche Ladungsmengen der Tätigkeit unserer U-Boote zum Opfer fallen, geht wiederum aus dem Bericht eines kürzlich an seinen Stützpunkt zurückgekehrten U-Bootes hervor, das auf seiner Kreuzfahrt im Mittelmeer, soweit festgestellt werden konnte, unter anderem verfrachtet hat: 20 553 Tonnen Kohlen, 1000 Tonnen Öl, 1245 Tonnen Palmöl, 4000 Tonnen Kaffee, 1000 Tonnen Wein, 700 Tonnen Stroh, 12 Lokomotiven. Alle diese Güter waren nach Frankreich und Italien bestimmt.

Regt man sich die Winterverorgung unserer Feinde mit Gasbrandkohlen einen Saß von 15 Rentner für eine Dreizimmerwohnung zu Grunde, so würden die verfrachteten 417 000 Rentner Kohlen für 27 804 Dreizimmerwohnungen hingereicht haben. Mit der verfrachteten Safermenge von 4000 Tonnen hätten unsere Feinde bei einem Tagesfaß von 5 Pfund für ein Pferd 53 233 Pferde einen ganzen Monat lang füttern können.

Ein deutsches U-Boot aus der Gefangenschaft entwichen.

() Madrid, 8. Okt. (Priv.-Tel.) (Savas.) Das deutsche U-Boot Nr. 293, das in Cadix am 9. September eingelaufen und interniert worden war, ist in der vorigen Nacht entwichen. Der Ministerpräsident entließ alle hohen verantwortlichen Militär- und Marineoffiziere von ihren Postern.

Die Entspannung im Reichstag.

W.B. Berlin, 8. Okt. Der Hauptausschuß des Reichstags hat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten den Nachtragsetat angenommen.

Der Hauptausschuß des Reichstages trat heute Montag nachmittag zusammen. Die dem Hauptausschuß nicht angehörenden Reichstagsmitglieder wählten den Verhandlungen in so großer Zahl bei, daß der Raum fast überfüllt ist.

Der Reichstanzler

nahm sogleich das Wort zu folgenden Ausführungen:

Es ist Klage darüber erhoben worden, daß von seiten der Beamten Propaganda zugunsten der Vaterlandspartei betrieben worden sei. Ich möchte über die Stellung der mir nachgeordneten Reichsbeamten folgenden Grundsätze bemerken, wobei ich hinzufügen, daß für die preussischen Beamten dieselben Grundsätze gelten. Für alle Beamte gilt politische Geseinnungsfreiheit. Jeder Beamte kann jeder Partei angehören sofern sie nicht den Bestand des Reiches oder des Staates gefährdende Ziele verfolgt. Was nach außen hin in die Erscheinung tretende politische Betätigung betrifft, haben sich die Beamten selbstverständlich Zurückhaltung aufzuerlegen, damit nicht beim Publikum das Vertrauen in ihre Unparteilichkeit erschüttert wird. Ein Mißbrauch der dienstlichen Stellung nach der Richtung, daß ein Vorgesetzter die ihm nachgeordneten Stellen zwingt oder veranlaßt, zugunsten einer bestimmten Partei Stellung zu nehmen, ist selbstverständlich durchaus unzulässig und ich wünsche, daß von seiten Vorgesetzter kein politischer Druck nach irgend einer Richtung hin gegen die nachgeordneten Stellen ausgeübt wird. Diese Grundsätze gelten für alle politischen Parteien und Richtungen in gleicher Weise, sie gelten auch gegenüber der Vaterlandspartei, und sollte von diesen Grundsätzen abgewichen werden, so kann ich nur anheimstellen, daß der Fall zur Kenntnis der zuständigen Zentralbehörde gebracht wird, die den Sachverhalt prüft und gegebenenfalls entsprechend eingreifen wird, und ich bin willens, die Einhaltung dieser Grundsätze zu überwachen.

Auch im Geer ist jede politische Agitation ausgeschlossen. In den mir vom Herrn Kriegsminister zugesetzten Leitlinien über den vaterländischen Unterricht ist die Politik ausgeschlossen.

Meine Herren! Ich bin bestrebt, sämtlichen politischen Meinungen und Strömungen in vollster Objektivität gegenüberzutreten und jeder politischen Meinung volle Gerechtigkeit werden zu lassen. Ich tue das, weil ich überzeugt bin, daß jede Richtung ehrlich das Beste zum Wohle des Ganzen will. Dieses gegenseitige Vertrauen zum besten Willen ist in dem Kampf der Meinungen, namentlich auch in den letzten Wochen in bebauerlicher Weise in den Hintergrund getreten und hat eine Form der gegenseitigen Agitation geschaffen, die ich aufs Tiefste bedauere. Jeder im deutschen Volke hat bereitwillig und freudig die Opfer an Gut und Blut und warmen Leben gebracht, die von ihm verlangt werden und ich glaube, daß auch hier in diesem Kreise keiner einer ist, der nicht in dem Gedanken an das, was er

dran gegeben, den hervorquellenden Sägen heruntergeschleudert muß mit einem mutigen „Dennoch“.

Aus solchen opferbereiten Männern setzen sich auch die Geringeren zusammen, und wenn das im Auge behalten wird, dann ist eine Agitation, wie sie jetzt in Erscheinung getreten ist, um Gründe ausgeschlossen. Möchten doch die Vertreter der auseinanderstrebenden Meinungen sich vor Augen halten, daß nicht der betonte Gegenstand in den Wegen und Mitteln das Entscheidende ist, sondern das einheitliche und gemeinsame Ziel. Wenn wir das vor Augen haben, wenn uns klar vor Augen steht, daß wir alle am gleichen Strang ziehen müssen und wollen, dann wird es dahin kommen, daß in der Tat derartige Zusammenstöße, wie sie jetzt in Erscheinung sind, aus unserem politischen Leben ausgeschleudert werden. Das ist jetzt, wie es immer gewesen ist, und jetzt am brennendsten im Hinblick auf die schwere Zeit, in der wir stehen, unsere Pflicht!

Abg. Lebebour (Soz.)

Die Regierung sollte sich über die vorgelegenen Beschwerden äußern. Die allgemeinen Grundsätze der Unparteilichkeit sind nichts Neues. Wir verlangen Auskunft, was der Kanzler zu tun gedenkt gegen die Beeinflussung der politischen Meinung zugunsten einer Partei. Ist er einverstanden mit den Ausführungen seines Vertreters vom Samstag? Das Mißtrauensvotum ist in geschäftsordnungsmäßiger Form beantragt; denn der Kanzler ist allein verantwortlich.

Abg. Graf Westarp (Lskp.)

fragt zur Geschäftsordnung, was denn eigentlich zur Debatte stehe, der Nachtragsetat oder etwas anderes?

Abg. Ersberger (Zentr.)

Die Frage, woher die Gelder für die Aufklärungsstätigkeit kommen, hängt mit dem Nachtragsetat zusammen.

Abg. Dr. v. Payer (Rp.)

Wir müssen unsere Stellung zum Nachtragsetat abhängig machen von den Aufklärungen, die wir erhalten. Uebrigens kann uns nicht verwehrt werden, auf die Rede des Reichstanzlers einzugehen.

Abg. Ebert (Soz.)

Ich erkläre, daß der Reichstanzler nicht zu den Beschwerden Stellung genommen habe, zumal schon vor 14 Tagen dem Reichstanzler Beweismaterial unterbreitet worden ist und er damals Prüfung zugesagt hat. Redner macht Mitteilungen aus den Reichstagen für die Aufklärungsarbeit und fragt, welche Schritte die Oberste Seeresleitung bereits gemacht habe. Am 13. August habe eine Konferenz im Kriegsministerium stattgefunden, wo allerlei Besprechungen des Vereins und Versammlungsrechtes zur Sprache kamen. Redner fragt, wie die Agitation im Geer finanziert werde, die einen ungeheuren Umfang angenommen habe, insbesondere, ob dafür private oder öffentliche Mittel verwendet würden.

Abg. Göttsche (Op.)

Der Beweis für die Agitation gegen den Reichstag in der Beamtenenschaft und im Geer ist durch ein reiches Beweismaterial erbracht. Die vom Reichstanzler vorgelegenen Grundsätze sind richtig. Ein Bismarck-Erlass hat die politischen Beamten verpflichtet, die Politik der Regierung zu vertreten. Jetzt richtet sich die Agitation nicht nur gegen den Reichstag, sondern auch gegen die Politik der Regierung. Der Redner stellt die Agitation den kühnen Erklärungen der Herren v. Stein und Dr. Hoffmann gegenüber und sagt, die Ermahnungen des Reichstanzlers nützen nichts. Die Einseitigkeit der Regierung müsse öffentlich dokumentiert werden. Woher solle sonst das Vertrauen in die Regierung kommen?

Feind hinter der Front!

Roman von Margarete von Dercken-Büsingfeld.

(60) (Nachdruck verboten.)

„Schrei nicht so laut, wenn ich bitten darf. Vielmehr frage ich dich: Kannst du diese Menschen hier lächeln sehen, während unsere Brüder im Sande verbluten? Kannst du diese Menschen offen sehen, während die Unfernen hungern? England, das große England, hat als erster in der Weltgeschichte den Weibern und Kindern den Krieg erklärt — den elenden Hungerkrieg — wir führen ihn von der Luft aus, die Unschuldigen fallen mit den Schuldigen!“

Sie sprach in abgerissenen Sätzen mit fanatisch blickenden Augen.

Gregor rief sie am Arm mit sich fort.

„Ja, es wird Nacht — und was für eine, mein Freund!“

„Willst du damit sagen, daß heute?“

„Ja, es wird regnen, Brüderchen. Und donnern und blitzen. Feindlingsgewitter. Dir aber rate ich: Gehe zu Bett und bleibe darin liegen. Sollte dir etwas passieren, so tröste dich damit, daß der Kapitän mit seinem Schiffe untergeht. Ich fürchte mich nicht. Es wird ein Schauspiel werden, das eines kleinen Menschenlebenes würdig ist.“

„Amen“, murmelte Gregor noch einmal. Er zog sie durch die ebenerdigere Straße hinaus auf die stille Straße. Seine Hand zitterte.

Klar und tiefklar wählte sich der menschenleere Himmel über den hohen Giebeln der Altstadt.

Sie durchquerten kleine, winkelige Gassen bis zu der Linde, die mitten in der Stadt zwischen Erkern und Dächern grünte.

„Rebe wohl“, sprach Maria da. „Ich wohne im „Weißen Mann“.“

„Wenn du morgen Lust hast, mich zu besuchen, so Frage dort nach Frau Eisenmann.“

„Ob!“ Seine Lippen kräuselten sich spöttisch. „Wo hast du diese Papiere wieder gestohlen?“

„Kosak! Zimmer die Peitsche im Stiefelschaft! Aber du triffst die Luft, teure Seele.“

Er war allein. Ueber ihm das Geäst der grünen Linde, die über knorrigen Ästen rechte, als wollte sie die Häuser zurück-

drängen und die Mauern sprengen. Und alle ging ruhig, seinen Weg weiter — abwärts: — vertrauensvoll. —

Die Uhren schlugen bereits zehn. Eigentlich war es erst neun — aber die klugen Deutschen hatten die Zeiger ihrer Uhren um eine Stunde vorgerückt. Sie machten sich alles untertan. So gar die Zeit.

Hinter weißen Gardinen funkelte ein ein Licht auf. Das war Maria.

Gregor begann zu laufen u. rannte unvorsichtig, rücksichtslos gegen Menschen an, die ihm begegneten, und gegen Bäume, die nicht ausweichen wollten.

Unter dem dunkelblauen Himmel hatten sich dunstige Regenwolken angesammelt.

Die Nacht versprach dunkel und schwül zu werden, sanft verhängt, eine süße, schwere, verhaltene Mainacht... und dunkel, dunkel. Ohne Mond; ohne Stern; ohne die Lichter der menschlichen Feinstätten.

Gregor ließ die Hände zusammen. Er dachte an den alten Mann mit dem weißen Haupt. Wer weiß es, welches Leben zum Tode auserwählt ist unter den Laufenden der Stadt? Es konnte jeden treffen. Auch den alten Herrn mit den freundlichen Augen. Auch das schöne Weib im Wirtenschleier. Auch ihn selber. —

Und wohin rannte er, er, Gregor Wafflenwittich, welchem unheilvollen Instinkt folgte er, daß er sich nicht ruhig nach Hause begab und zu Bett legte?

Er wusch sich die öhlende Stirn mit dem Taschentuch ab. Die Glycerin in den Gärten atmeten betäubenden Rauch aus. Die Meisebene war ganz erfüllt von zartem, schimmerndem Gewölke. Aber darüber schwebte eine Ahnung des Mondes. —

Und hier war das Haus, wo Dore von Riebow wohnte. Die Wiese — die Wiese — die geackte, weiße Wiese. Aus der Erde auch die feuchte Gipse des Tages und benahm dem einsamen Mann fast den Atem.

„Mein Gott, die Schwindsucht verzehrt mich.“

Er mußte husten. Was wollte er hier!

Sie schienen alle zu schlafen. Seine angespannten Sinne geborchten nicht mehr dem Willen.

Er hörte Geräusche in dieser tödlichen Stille, die anderen Ohren nicht vernehmlich waren — er sah am Horizont unheimliche Kreise, die sich hin und her bewegten. —

Und plötzlich fand er seine nüchterne Ruhe wieder.

„Die Scheinwerfer — man suchte den Himmel ab.“

Elf Uhr.

Ueber den silbernen Dunst zog die Venus auf in ihrer grünen Nacht.

Und sumante da nicht eine verlorene Biene über den honigsüßen Akeblüten, über den nächtigen Gärten?

Gregor hielt den Atem an. Gegen den Stamm eines Maulbeerbaumes gelehnt, lauschte er. Ein ganz fernes Spinnen war da in der Luft.

Ihm war, als spränge der Hund im Hofe an seiner Kette hoch, den Girdingling witternd; aber das Summen der eisernen Biene überflügelte jedes andere Geräusch.

Gregors Augen flogen suchend die dunklen Fensterreihen entlang.

„Wach auf, du süße Seele, Gefahr naht!“ küsterte er heiß. „Seelchen — Seelchen!“

Das heimliche russische Kosjowort lag ihm auf den Lippen, er mußte es immer und immer wieder sagen.

„Seel!“

Da hallte ein Schuß durch die Stille der Nacht und rollte und verwollte über den schlafenden Bergen. Und in kurzen Abständen noch ein zweiter und dritter.

Gregor rührte sich nicht.

Im Hause wurden zwei Fenster hell.

Der Hund im Hofe stieß ein winselndes Geheul aus und warf seinen schweren Körper verweilungsvoll gegen das Gartengitter. —

Und zugleich ertönte ein rasendes Klingeln durch das Haus, die Lichter verlöschten wieder, und die Haustür wurde aufgerissen.

Ein bestendes Krachen ertönte den Klang der menschlichen Stimmen. Schatten bewegten sich hin und her; irgendjemand schrie: „In die Keller!“

Und Sälag auf Sälag folgte, Schuß auf Schuß, das Heulen der Dampfpfeifen schrie dazwischen, Juchz, ohnmächtige Wut, daß, alles Schändliche ward ausgespien vom Himmel zur Erde.

Eine weiße Gestalt flog aus dem Hause, gerade auf den schützenden Baum zu, wo Gregor stand, so leblos wie der Baum.

(Fortsetzung folgt.)

Abg. Stresemann (natl.)

1907, daß gerade diejenigen, denen jeder Konfliktgedanke fern lag, enttäuscht waren über die Form und die Art der Regierungserklärungen am Samstag, mehr als über den Inhalt. Es lag kein Grund vor, anders als sachlich zu antworten. Durch die Art der Antwort wurde die gerechte Stimmung hervorgerufen. Man mag zur Friedensresolution stehen wie man will, das Heer muß freigehalten werden von jeder Politisierung. Wir vermögen nicht zu glauben, daß von den Nichtlinien so Gebrauch gemacht wird, wie nach dem Borechner geschähe ist. Es findet auch Agitation entgegengegesetzter Art im Heere statt, der entgegengetreten werden muß.

Staatssekretär des Innern v. Kuhlmann erklärt, daß das auswärtige Amt natürlich seinen Zusammenhang habe mit der Schmachtschrift, die im Reichstag verteilt wurde.

Der preussische Kriegsminister v. Stein:

Die Konferenz im Kriegsministerium war nicht eine solche der stellvertretenden Generalcommandos, sondern der Arbeitsämter. Die Beschlüsse richtete sich nur gegen das frivole Schreiben, sonst handelt es sich um Maßnahmen des sozialen Friedens.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums

bringt die Richtlinien der Obersten Heeresleitung vom 22. Juli 1917 zur Besprechung und fügt hinzu, die Leitfäden seien zurzeit auf Grund der gemachten Erfahrungen im September ergänzt worden.

Kriegsminister v. Stein

erklärt im Anschluß an die vertraulichen Mitteilungen seines Kommissars: Was wir wollen, ist danach klar. In der Praxis entwickelt sich manches anders, als es gedacht ist, deshalb wird laufend kontrolliert und die Richtlinien werden vervollkommen. Unser Bestreben ist, ausschließlich Aufklärungsarbeit zu leisten. Wir haben jegliche Auskünfte über die behaupteten Mißbräuche verweigert. Das Material ist noch nicht vollständig eingegangen.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums

teilt mit, daß Privatmittel bei den Veranstaltungen nicht in Frage kommen.

Abg. Dr. David (Soz.):

Praktisch ist die Absicht nicht erreicht, sondern die Politik ins Geheime hineingetragen worden. Normalerweise wird diese Aufklärungsarbeit zu politischen Zielen führen, z. B. bei Erörterung der Friedensziele. Man nennt Schlagworte wie „sauber Friede“ usw. aus dem alldeutschen Jargon, die nur in bestimmter politischer Auffassung gedeutet werden können. Wichtig ist, daß unsere Soldaten kämpfen müssen, solange es nötig ist, aber man mag daran denken, daß man vor Männern mit reifer politischer Auffassung steht, die zum Teil mehr von den Dingen verstehen als die ausflüchtenden Offiziere. Soll wirklich praktisch ausgeführt werden, so muß man alle Parteien ohne Unterschied heranziehen. Die Aufklärungsarbeit, wie sie heute betrieben wird, kann nicht bleiben. Innerhalb des Landes besteht ein dichtes Netz der Aufklärungsorganisationen, geleitet von den Generalcommandos. Um den Frieden zu erreichen, müssen wir neben den militärischen auch politische Mittel einsehen. Die Methode der Vaterlandspartei führt zur Verlängerung des Krieges, und diese wird kräftig gefördert, die Gegenagitation verhindert. Der Reichstag muß Garantien erhalten, daß keine Unterstützung der Vaterlandspartei aus öffentlichen Mitteln erfolgt.

Abg. Martin (D. Fr.):

Die Leitfäden der Obersten Heeresleitung bieten die Grundlage für die Wiederherstellung der Einigkeit. Wie sie sind, sind sie klar und einwandfrei.

Abg. Graf Westarp (konf.):

Eine Politisierung des Heeres wünschen wir nicht. Ueber die Fragen der auswärtigen Politik müssen die Feldherren aufgeklärt werden. Die Leitfäden sind ausgezeichnet. Einzelne Mißgriffe bei der praktischen Ausführung sind zweifellos vorgekommen, selbstverständlich ist Rücksicht darauf zu nehmen, daß man es mit reifen Männern zu tun hat.

Abg. Ersberger (Centr.):

Wir sind anderer Auffassung über die Vorkommnisse am Samstag, die schweren Schaden im Ausland anzurichten werden. Die Regierungserklärung trafen nicht glücklich auf. Die Heben aus dem Reichstag waren ruhig und sachlich und boten eine Basis für Einigkeit. Heute ist die Debatte wesentlich sachlicher, und morgen wird der Rest der Abstimmung ganz beseitigt sein. Das ist die Voraussetzung für die heutige Aussprache. Die Grundzüge des Reichstagsbeschlusses über die politische Betätigung der Beamten sind richtig, sie müssen aber klar und eindeutig gebracht werden. Die Notizen in der Schmachtschrift sind Privatpersonen nicht zugänglich, die Sache muß daher untersucht werden. Da für die Aufklärung öffentliche Mittel verlangt werden, können wir die Verantwortlichkeit der Reichsleitung dafür verlangen. Gegen die Aufklärung im Heere sind wir nicht, auch die Leitfäden sind billig, aber zur Kontrolle müßte alles Material vorgelegt werden, und dann muß jede Agitation gegen unsere Antwort auf die Kapitnote ausdrücklich in den Leitfäden verboten werden. Die amtliche Politik des Reichstags darf unter keinen Umständen als zweideutig erscheinen.

Staatssekretär Dr. Helfferich

stellt fest, daß er im Plenum am 6. Oktober seine sachlichen Ausführungen beendet hatte, als er die Rednertribüne verließ, daß also die Auffassung, er habe seine Rede abgebrochen, auf Mißverständnis beruhe. Gegen das, was er sachlich vorgebracht habe, sei auch von den Vorrednern eine Einwendung nicht gemacht worden; ein verlegendes Wort werde niemand in seiner Rede aufzufinden vermögen. Wenn man seinen Ton bemerke, dann möge man sich vergegenwärtigen, daß er, ehe er überhaupt ein Wort gesprochen, mit nicht gerade freundlichen Zurufen begrüßt wurde und im weiteren Verlaufe kaum einen Satz ohne Zurufe und Unterbrechungen habe beenden können.

Abg. Dove (Sp.):

Nachdem die Reichstagsresolution von der Reichsleitung akzeptiert ist, darf nicht in der bisherigen Weise agitiert werden. Die Richtlinien sind unanfechtbar, aber die Praxis zeigt doch ein anderes Bild. Die Antwort des Kriegsministers war nicht die richtige, obwohl wurde die Stimmung des Reichstages verdorben. Herr Helfferich hat keine verlegenden Worte gebraucht, aber der Einbruch war ungünstig.

Abg. Landsberg (Soz.):

Der Kriegsminister sprach am Samstag mit unerkennbarer Geringschätzung von dem vorgelegenen Material und auch die Eingangsrede des Staatssekretärs erweckten den Eindruck der Resignation. Die Leitfäden schließen eine Verteilung von Broschüren an die Mannschaften aus, und doch geschieht dies in ungeheurer Umfang. Der Redner fragt, ob nicht andere Leitfäden bei einzelnen Divisionen betriebe und legt aus solchen anderen Leitfäden einzelne Sätze vor.

Darauf nahm

Reichskanzler Dr. Michaelis abermals das Wort.

Er teilte zur Ergänzung der Erklärungen des Staatssekretärs Helfferich in der Plenarsitzung vom Samstag mit, daß die Reichszentralbehörde von den ihnen nachgeordneten Stellen Bericht über eine etwaige Beeinflussung Untergeordneter durch dienstliche Vorgänge im Interesse der Vaterlandspartei angefordert hat. Das Material, das bisher vorliegt, sei äußerst spärlich; es beschränke sich auf 5 Einzelfälle von untergeordneter Bedeutung, die durch die Reichspostverwaltung zur Kenntnis der Reichsleitung gekommen seien. Selbstverständlich wird in allen diesen Fällen das Erforderliche veranlaßt werden. Auch der preussische Minister des Innern habe einen Erlaß an die nachgeordneten Stellen herausgegeben, daß jeder Mißbrauch der dienstlichen Stellung zur Ausübung eines politischen Druckes oder einer politischen Beeinflussung auf Untergebene unzulässig sei, und wenn er vorkomme, nicht gebüdet werden würde.

Der Reichskanzler geht dann auf die Leitfäden der Heeresverwaltung über den vaterländischen Unterricht ein, die ihn, als sie zu seiner Kenntnis gelangt seien, durchaus befriedigt hätten. Man könne nicht leugnen, daß die Heeresleitung sich in diesen Leitfäden unbedingt bemüht habe, in objektiver Weise einen

größtenteils Plan der Aufklärung anzustellen. Die Aufklärung selbst sei ohne Zweifel nötig, namentlich bei der abstumpfenden Beschäftigungslosigkeit des Stellungskrieges. Sie müsse geistig anregen, die Stimmung heben, die Leute wieder zum Frohsinn und zum Lachen bringen.

Sie müssen aber auch die Kenntnis des vaterländischen Lebens und der vaterländischen Wirtschaft, ihrer Bedingungen und Zusammenhänge fördern. Daß die Oberste Heeresleitung die Politik und den politischen Streit aus dem Heere fernhalten wolle, sei selbstverständlich und in den Leitfäden ausdrücklich hervorgehoben. Naturgemäß sei bei einem solchen Apparat die Grenze schwer zu ziehen und Fehler im Einzelnen nicht zu vermeiden. Das habe der Kriegsminister auch ohne weiteres zugegeben. Um dieser Fehler willen, die bekämpft und ausgeglichen werden sollen, kann man nicht die Dagamitation ausser Acht lassen und die notwendige Aufklärungsarbeit einstellen.

Der Reichskanzler erwähnte dann die günstige Wirkung der Fronttreue der Abgeordneten, die fortgesetzt werden sollten. Es könne natürlich keine Rede davon sein, daß 100 000 Personen hauptsächlich im Aufklärungsdienst im Heere beschäftigt seien. Wieviele Personen gelegentlich und nebenher Aufklärungsarbeit verrichten, könne der Kriegsminister nicht genau angeben. Daß allgemein Politik aus dem Heere ferngehalten sei, verleihe sich von selbst, auch daß die Kritik an der Kapitnote innerhalb des Aufklärungsunterrichts unzulässig sei. Wenn hiergegen in einzelnen Fällen Verstöße vorkämen, würde eine ausdrückliche Festlegung in der nächsten Ergänzung der Leitfäden dem abhelfen.

Der Reichskanzler betonte zum Schluß nochmals, daß es sein Wille sei, allen Richtungen und Strömungen des politischen Lebens mit unbedingter Objektivität gegenüberzustehen.

Der Antrag der unabhängigen Sozialisten wurde hierauf abgelehnt, sodann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten der Nachtragsetat unberändert angenommen.



Kein Schwanken und Ueberlegen darf es geben!

Jetzt gilt nur die Tat! — —
Wenn jeder einzelne — ausnahmslos — seine höchsten Kräfte anspannt, dann wird auch diese Kriegsanleihe den großen Erfolg haben, den sie haben muß.

Denn nicht mit Granaten allein kann der harte Endkampf ausgefochten werden; erst das erneute Zeichen unsrer ungebrochenen wirtschaftlichen Kraft wird den Ausschlag geben. Nur so zwingen wir unsre Feinde zur Vernunft.

Darum zeichne!



Berliner Pressstimmen.

(1) Berlin, 9. Okt. Die gestrigen Verhandlungen im Hauptauschuß des Reichstages haben, so schreibt die „Politische Zeitung“, seitens der Reichskanzler und des Kriegsministers über die Agitation im Heere alle Aufklärungen gebracht, die man billigerweise erwarten durfte. Damit ist der sachliche Teil des Zwischenfalls bei der Beratung am Samstag zur allgemeinen Zufriedenheit geregelt.

Der „Berliner Volksanzeiger“ sagt: Die Aussprache war, wie ein bekannter Zentrumsmann feststellte, wesentlich sachlicher als am Samstag und heute wird der Rest der Abstimmung beseitigt sein. Nur die Sozialdemokraten können noch, sie konnten aber nicht verhindern, daß das Mißtrauensvotum der unabhängigen Sozialdemokraten abgelehnt und der Nachtragsetat mit dem Befolgungsgebot angenommen wurde. Nur Mißverständnisse waren es, die die Temperamentsausbrüche am Samstag veranlaßt haben.

In der „Germania“ heißt es: Der häufige Hinterschub zwischen Regierung und Parlament, der bald schmerzhaft, bald greifbar hervortritt, kann nicht dazu beitragen, das Vertrauen in den Kurs der deutschen Politik im Ausland zu erhöhen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: Mit der Warnung des Kanzlers, das Einheitsliche und Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen, können wir tollauf einderstehen sein.

Der „Vorwärts“ wpricht von einer verheerenden Krise, hält aber den Wunsch, innere Konflikte während des Krieges zu vermeiden, für durchaus verständlich.

Stresemann über Reichspolitik.

In Hannover fand am letzten Sonntag, wie schon kurz gemeldet, der Parteitag der Nationalliberalen Partei der Provinz Hannover statt. Dr. Stresemann erlittete ein eingehendes Referat über die Reichspolitik, in dessen Zusammenhang er über die Rede des Grafen Czernin und die Kapitnote u. a. ausführte: Die letzte Rede des Grafen Czernin sei sicher vom österreichisch-ungarischen Standpunkt aus verständlich und geschickt gewesen. Sie entferne sich aber mit ihren Gedankengängen weit von deutscher Auffassung. Die Entschiedenheit der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli habe Deutschland in zwei Heerlager gespalten. Es sei aber nicht richtig, wenn man Gegensätze im vaterländischen Empfinden daraus mache. Die Anhänger der Friedensresolution hätten von ihrem Schritt eine unmittelbare Wirkung auf Rußlands und Englands Haltung erwartet. Scheidemann habe sogar von der Möglichkeit gesprochen, daß das englische Unterhaus in ein paar Tagen mit einer ähnlichen Resolution antworten werde. Diese Rechnung sei aber ganz verfehlt gewesen. Im neutralen Ausland habe die Resolution zunächst den Eindruck hervorgerufen, als stehe Deutschland vor seinem Zusammenbruch. Im feindlichen Ausland aber sei man darüber hinweggegangen und Merenski habe sie auf dem Nationalkongreß nicht einmal erwähnt. Wenn die Stimmung im Ausland inzwischen eine andere geworden sei, so sei das Sündenbüßgen Siegen zuzuschreiben, nicht aber auf Rechnung der Interpellation zu setzen.

Die Kapitnote, so führte Dr. Stresemann weiter aus, sei vermutlich nicht allein in Rom entstanden. Der Papst würde diesen Schritt nicht unternommen haben, wenn er nicht der Zustimmung Englands sicher gewesen sei. Die eine oder die andere Wendung in der Note verrate auch englische Mitarbeit. Man könne aus der Kapitnote auch schließen, daß England bereit sei, ein Desinteressement an der Dtsche auszusprechen, wenn Deutschland dasselbe in Bezug auf die Nordsee erkläre. Es sei auch nicht undenkbar, daß England mit dem Vorschlag der Abrüstung einverstanden sei, denn der 1. Februar 1917 bedeute den Anfang eines neuen Abschnitts der Weltgeschichte. Die U-Bootflotte entwickle sich unaufhaltsam zu einem unsehbaren Werkzeug gegen Englands Herrschaft zur See. Diese Flotte stumpf zu machen, liege deshalb in Englands Interesse, und es sei nicht undenkbar, daß es sich aus diesem Grunde auch mit dem Gedanken der Abrüstung befreunde. Für Deutschland aber sei diese Art völliger Abrüstung ebenso unannehmbar wie internationale Schiedsgerichte in Lebensfragen der Nation.

In Bezug auf die deutsche Verantwortung der Kapitnote legte Dr. Stresemann Verwahrung dar, daß auf die Entschliebung vom 19. Juli Bezug genommen worden sei. Kein Staat habe sich für die kommenden Friedensverhandlungen zu gebunden, wie es der deutsche Regierung durch den Reichstag angeschlossen wird. Die Regierung habe schon einen schweren Fehler begangen, als sie Polen preisgab. Eine Preisgabe Belgiens wäre, ganz abgesehen von der sachlichen Frage, ein zweiter schwerer taktischer Fehler. Die einmütige Auflösung der nationalliberalen Reichstagsfraktion sei die, daß Deutschland den Kampf nicht der Eroberung wegen fortführen solle. Belgien dürfe aber weder militärisch noch politisch noch wirtschaftlich jemals ein Einflußgebiet oder ein Aufmarschgelände unserer Feinde sein. Das Gebiet der russischen Ostseeeprovinzen müsse mit seiner deutschbaltischen Bevölkerung für uns in dieser oder jener Form gewonnen werden. Was militärisch an Grenzüberschreitungen notwendig sei, müsse erreicht werden, und aus der militärischen Lage müsse herausgeholt werden, was herauszuholen sei. Kein Friede sei möglich, dem Sündenbüßgen und Rubensdorf ihre Zustimmung verweigern. In dieser Auffassung liege der Gegensatz zur Entschliebung vom 19. Juli. Man müsse allerdings heute sich fragen, was eigentlich die Auffassung der Mehrheit sei. Der Mehrheitsblock von damals zeige bereits deutliche Risse. Sohe doch die „Liberale Korrespondenz“ neuerdings dargelegt, daß die fortschrittliche Volkspartei auch in den Friedensschlüssen der Jahre 1864, 1866 und 1870 einen Verständigungsfrieden sehe. Wenn Deutschland auch jetzt wieder einen solchen Verständigungsfrieden schliesse, so könne man damit wohl einverstanden sein.

Dr. Stresemann ging dann auf die Frage der inneren Politik ein und behandelte hier insbesondere die Frage des gleichen Wahlrechts und der Parlamentarisierung. In Bezug auf die Behandlung der inneren Politik habe die nationalliberale Reichstagsfraktion ihren Standpunkt geändert, und zwar weil die innere Politik mehr und mehr ein wesentliches Bestandteil unserer Kriegspolitik geworden sei. Es sei für Deutschlands Ansehen und für Deutschlands Stellung im Krieg nicht gleichgültig, ob 120 Stimmen im Reichstage gegen die Bewilligung der Kriegskredite abgeben würden. Man immerpolitische Forderungen überhaupt ihr Haupt erhoben hätten, so liegt die Schuld bei denen, die duldeten, daß wir mit dem Dreiklassenwahlrecht in den Krieg gegangen sind. Als dann aber die Wahlrechtsreform in Fluß kam, sei der Osterlaß des Kaisers ein Bekenntnis zu nationalliberaler Grundzüge gewesen. Das könne man in der Partei nicht verkennen. Der Ruf nach der Parlamentarisierung sei ein Ausschrei gewesen gegen den Wiederbruch unserer diplomatischen Staatskunst und des bisherigen Systems. Temperamentvoller seien Englands diplomatische Werterfolge gar nicht zu leugnen. Unter diesen Umständen müsse eine Mitverantwortlichkeit des Reichstages und eine Geranziehung der großen Parteien zur Mitverantwortung gefordert werden. Eine solche Mitverantwortung des Parlamentes sei auch für die Regierung erträglich, als das noch, unter das die heutige verantwortungsvolle Mehrheit der Regierung zu zwingen veruche. Es sei der Standpunkt des Abklärers, daß das Parlament sich erst dann in anspruchbaren Kritiken, die Uebernahme der Verantwortung von sich weise. Die Frage, ob eine tragfähige Mehrheit vorhanden sei, glaube er bejahen zu können. Die Grundlage hierfür seien die Mittelarbeiten in den wichtigsten Wirtschafts- und Steuerfragen der Zukunft, ebenso in sozialpolitischen Fragen. Man dürfe sich nicht in einen Gegensatz gegen die Zentrumspartei hineinmanövrieren lassen. Ein tragfähiger Block, der die Mitverantwortung übernehme, müsse aber auch erwarten, daß das selbste in Uebereinstimmung mit den Ansichten der Vertrauensmänner, der er in die Regierung entsende.

Dr. Stresemann führte zum Schluß aus, daß Ziel der vassermentarischen Politik sei gewesen eine starke und zielbewußte äußere Politik und eine freiheitliche Politik nach innen, verbunden mit einer Politik des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs. Das müsse auch in Zukunft der Leitstar der Partei bleiben. Deutschland müsse nach dem Kriege in gebührendem Maaße seine Stellung in der Welt zurückerobern. Dann dürfe aber seine innere Politik nicht aufgebaut sein auf der Grundlage eines einseitig konservativen Beamtentums, sondern auf der Erziehung der Massen zur politischen Mitverantwortung und zum Verständnis der Lebensnotwendigkeiten Deutschlands. Man dürfe Vertrauen dazu haben, daß dann auch im deutschen Volke Verständnis erwache für eine starke äußere Politik. Frei nach innen und groß nach außen, das müsse das Deutschland der Zukunft sein. Dann werde auch der Wunsch des Kaisers wahr werden, daß Deutschland in die neue Zeit hineingeh, groß, stark und frei dastehend unter den Völkern der Welt.

Der Vertragstag nahm zum Schluß die folgende Entscheidung

Der Vertragstag der Nationalliberalen Partei der Provinz Hannover stimmt den Kriegsziele der Partei, wie sie erneut in der Erklärung des Zentralvorstandes vom 23. September d. J. festgelegt worden sind, zu. Er erklärt in der Entscheidung der Mehrheitspartei, des Reichstages eine schwere Gefährdung unserer deutschen Zukunft, die durch die Verletzung unserer Vertragspflichten und die Verletzung der einseitigen Vertragspflichten unserer Verbündeten nach verschärft wird. Der Vertragstag weist die amnestische Einmischung des Reichstages in die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands mit Entrüstung und Verachtung zurück. In voller Überzeugung mit dem Zentralvorstande steht der Vertragstag die Einführung des parlamentarischen Systems sowohl im Reich wie auch in Preußen ab. Er verlangt aber ein enges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten von Volkvertretung und Regierung und eine stärkere Verantwortlichkeit der Partei. Im Vordergrund unserer politischen Forderungen steht die Reform des preussischen Wahlrechts und eine zeitgemäße Neugestaltung des preussischen Herrenhauses.

Der Vertragstag richtet an alle seine Freunde die dringende Mahnung, unter innerpolitischen Forderungen nicht den für unseren sicheren Endzweck notwendigen Zusammenhalt des ganzen Volkes locken zu lassen, und durch energische Vertretung der Kriegsanleihe die Waffen schärfen zu helfen, deren unter jeder Last erdahnendes Meer in diesem Kampf um Leben und Tod gerade heute in den Tagen der gewaltigen blutigen Schlachten so dringend bedarf, um Feind und Heim gegen feindliche Übermacht wie bisher zu sichern bis zum siegreichen Ende.

Südamerika und Deutschland.

(1) Montevideo, 7. Okt. (Gatas.) Die Kammer hat mit 74 gegen 23 Stimmen den Abbruch der Beziehungen zwischen Uruguay u. Deutschland angenommen. Der Senat bekräftigt den Abbruch mit 13 gegen 8 Stimmen.

W.B. Berlin, 7. Okt. Infolge der Spannung der deutsch-peruanischen Beziehungen hat der Militärattaché der hiesigen peruanischen Botschaft, Hauptmann Guarerra, telegraphisch um seine Ablösung gebeten.

(2) Lima, 7. Okt. (Gatas.) Der Kongress von Peru hat mit 105 gegen 6 Stimmen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland beschlossen, den die Regierung beantragt hatte.

W.B. Bern, 5. Okt. „Petit Parisien“ meldet aus Washington: Ein Telegramm des Botschafters Argentinien's demontiert die Nachricht, daß eine Konferenz der italienischen Republikaner zur Bildung einer wirtschaftlichen Liga zur Organisierung der Blockade gegen Deutschland zusammengetreten sei.

(1) Montevideo, 8. Okt. (Gatas.) Eine Volksliste der Präsidentschaft an die Kammer erklärt, daß die Regierung von Uruguay zwar nicht unmittelbar von Deutschland beleidigt worden sei, daß es aber notwendig sei, sich mit den Verteidigern der Gerechtigkeit und der kleinen Völker in Uebereinstimmung zu setzen.

Die russische Republik.

Die verfassunggebende Versammlung.

(1) Petersburg, 7. Okt. (Pet. Tel.-Ag.) Das Nachrichtenblatt der vorläufigen Regierung veröffentlicht die amtliche Liste der Mitglieder der verfassunggebenden Versammlung, wobei insgesamt 730 Wahlbezirke festgelegt sind. Von den wichtigsten Bezirken wählen: Petersburg 20, Moskau 19, der Kaukasus 26, Sibirien 22 und das Donbecken 17 Mitglieder.

Die Ukrainer.

W.B. Kiew, 8. Okt. (Pet. Tel.-Ag.) Das Generalsekretariat der Ukraine beim autonomen Regierungsratete richtet einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem erklärt wird, daß das Sekretariat, nachdem seine innere Ausgestaltung vollendet sei, das Land zu regieren beginne und alle Regierungsbehörden und alle Einwohner von dieser Tatsache in Kenntnis setze.

Finnland.

W.B. Helsinki, 8. Okt. (Pet. Tel.-Ag.) Der allgemeine Ausschuss der Land- und Seewirtschaft Finlands hat seinen Entschluß angekündigt, eine Kontrolle über die Tätigkeit aller Regierungsbehörden des Landes auszuüben und sogar dem Senat diesen Entschluß öffentlich bekanntzugeben. Der Senat hat das Ansuchen auf das entschiedene abgelehnt und dem Senatsprokurator befohlen, eine Untersuchung anzustellen und Maßnahmen zu treffen, die einer Wiederholung derartigen ungesetzlicher Sandlungen vorbeugt.

Die englisch-französischen Vorbereitungen zum Weltkrieg.

W.B. Berlin, 9. Okt. Besinnend für die franko-belgisch-englischen Vorbereitungen zum Weltkrieg im Frühjahr 1914, ist die folgende Begebenheit: Im April jenes Jahres verließ Lord Ritz einen Ägypten. Auf dem Schiff traf er den ihm persönlich bekannten ägyptischen Prinzen W. Hammed Ali Hassan. Im Gespräch fragte der Prinz ob Ritz wieder wieder über München reisen werde, wo er sich doch gewöhnlich einige Tage aufhalte. „Nein“, erwiderte der Lord, „ich liebe München zwar sehr, aber diesmal kann ich diesen Weg nicht nehmen.“ „Was haben Sie denn so Wichtiges vor?“ „Ich muß inspizieren.“ Auf des Prinzen Hassan's Frage, was er jetzt beabsichtige, antwortete Ritz: „Ich muß Calais und Maubeuge inspizieren.“ Im Zusammenhang mit diesem Gespräch gewinnen zwei Tatsachen eine besondere Bedeutung: Von Dienstag, den 21. April, bis Freitag, den 24. April 1914, fand der große Staatsbesuch des englischen Königs in Paris statt. In seiner Begleitung reiste der Staatssekretär des Äußeren, Sir Edward Grey, der am 22. und 23. April diplomatische Unterredungen mit dem französischen Ministerpräsidenten Doumergue hatte. Vier Tage später, am 26. April, traten unter Leitung des Generalstabschefs Joffre 25 Generale und 230 andere Offiziere aller Waffengattungen eine Generalstabsreise in das Gebiet zwischen Paris und der belgischen Grenze an.

Aus dem Großherzogtum.

Ämtliche Nachrichten.

Der Großherzog hat den en. Star Jakob Bär in Freisburg zum Reichsrat ernannt.

Die Generaldirektion der Staatsbahnen hat den Eisenbahnsekretär Emil Gäßner in Wangolfsheim nach Heidelberg versetzt.

Seibelsberg, 9. Okt. Die Deutsche Gesellschaft für Völkerverständnis hat auf der hier abgehaltenen Jahresversammlung in dem Kriegserlösen das, was die Völkerverständnis und seiner Wissenschaft, wie sich auch die Verhältnisse gehalten mögen, die Aufgaben erwachsen werden. Die Gesellschaft will erstens die wissenschaftliche Erkenntnis des vorliegenden Völkerverständnisses fördern, zweitens mitarbeiten am Wiederstand und Ausbau des Völkerverständnisses und das, was Deutschland dabei fordern muß, zum Ausdruck bringen.

Stensbach bei Waldkirch, 9. Okt. Durch ein scheuendes Pferd ist der Landwirt G. Weber tödlich verunglückt.

Billingen, 8. Okt. Der 20jährige aus Montenegro stammende Tagelöhner Stefan Kostrowitz hat sich im Gefängnis, wohin er wegen Diebstahls verbracht worden war, erhängt.

Zeichnungen auf die 7. Kriegsanleihe.

Vom Allgemeinen Deutschen Versicherungs-Verein a. G. in Stuttgart sind auf die 7. Kriegsanleihe 6 Millionen Mark (auf die sechs früheren Kriegsanleihen zusammen 42½ Millionen) geseichnet worden.

Auf den Schlachtfeldern steht unsere Sache wunderbar gut. Die Dahingegangenen haben die heilige Pflicht, den Feldgrauen durch Zeichnung der siebenten Kriegsanleihe erneut zu befehlen, daß wir ihnen in tiefer Dankbarkeit und unverbrüchlicher Treue in der Energie des Durchhaltens bis zum endgültigen Sieg zur Seite stehen. Damit wird auch die Hoffnung der Feinde — die letzte, die sie haben —, als könnten sie mit ihren erbärmlichen Wucherschaften, durch innere Zwietracht der Deutschen zum Ziel gelangen, zuhaußen werden. Die siebente Kriegsanleihe muß unser Volk so einig finden, wie nur je, und das Vaterland erwartet, daß jeder, der auch ein Jeder, seine Pflicht tut.

Wagenheim (Pfalz), an Hindenburgs Geburtstag.

Dr. A. Bürklin,

1. Vizepräsident der badischen Ersten Kammer.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, den 9. Oktober 1917.

— Sind die Kartoffelpreise nicht zu hoch? Mit dieser Frage beschäftigt sich in der „Kriegswirtschaftlichen Zeitschrift“ des „Bayerischen Kurier“ der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Schmittbauer, der Führer der bayerischen Landwirtschaftvereine. Er ist der Ansicht, daß bei den außerordentlich guten Erträgen der Kartoffelernte der Preis von 5 M. pro Zentner für den Osten und 6 M. für den Westen Deutschlands zu hoch sei. Die Vertreter der deutschen Landwirte hätten auch in Berlin die übertriebenen Preisforderungen der ostelbischen Landwirte, die 8 bis 10 M. forderten, im Interesse der Verbraucher energisch bekämpft; auch die Schnellfahrpreise seien abgelehnt worden. Aber die Politik der Reichskartoffelstelle sei all diesen Bestrebungen entgegen gewesen. Sie zeige eine Erbsüchlichkeit, die man auch auf anderen Gebieten wiederholt habe beobachten können, z. B. bei der Festsetzung der Getreidepreise. Man solle in Berlin von einem Extrem ins andere. Die Landwirte des südwestlichen und westlichen Deutschlands treffe somit keine Verantwortung, wenn die Verbraucher heuer bei der reichen Ernte so hohe Kartoffelpreise zu bezahlen haben.

— Zur Brennholzversorgung hat das Ministerium des Innern nun die Preise für Brennholz festgesetzt, die bei den Preissteigerungen bezahlten Preise. Man hat zu den früheren Preissteigerungen ungefähr 75 Prozent zuge schlagen. Dieser Zuschlag ist in den sehr hohen Löhnen der Holzarbeiter begründet. Das Land werde in fünf Gruppen eingeteilt, um die Höchstpreise etwas benehlich gestalten zu können. Bei besonders hoher Zurichtungskosten kann das Parlament noch einen 10-prozentigen Zuschlag vornehmen, es kann aber auch den Preis unter dem Höchstpreis festsetzen, wenn es sich um schlechtes Holz handelt. Auch die Preise für Abfallholz und Brennholz, das im Handel vertrieben wird, werden vom Landespreisanrat geregelt werden.

— Höchstpreise für Schlachthäuser. Das Ministerium des Innern hat Höchstpreise für Schlachthäuser festgesetzt und bestimmt, daß der Preis für den Zentner Lebendgewicht nicht über einen auf bei vollfleischigen Hammern und Lammböcken ohne breite Zähne 100 M., bei vollfleischigen Hammeln mit nicht mehr als vier breiten Zähnen und Schafen mit nicht mehr als zwei breiten Zähnen 90 M., bei gutgenährtem älterem Schlachttvieh 80 M., bei gering genährtem Schlachttvieh und Zuchtböcken 70 M. und bei abgemagerten Schlachttvieh 50 M.

— Der Bund deutscher Bodenreformer hält für Baden am 16. und 17. Oktober in Karlsruhe eine Mitglieder tagung ab, die sich neben Organisationsfragen hauptsächlich mit der Kriegswirtschafts-Bewegung beschäftigen wird. In einer am Dienstag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Rathhaus stattfindenden öffentlichen Versammlung wird der erste Vorsitzende des Bundes, Adolf Damast, Berlin, einen Vortrag über „Die deutsche Kriegswirtschaftsbewegung, ihre Aufgaben und ihre Ziele“ halten. Hierdurch wird weiteren Kreisen Gelegenheit geboten, sich über die so wichtige Frage der Gestaltung unserer Wohnungsverhältnisse nach dem Kriege aus berufenen Munde Aufklärung geben zu lassen.

Na. Verhandlung für Kriegserwitwen. Es ist scheinbar noch nicht allgemein bekannt, daß die Geschäftsstelle des hiesigen Ortsausschusses des badischen Heimatschutz, Rathaus, Zimmer 95, tagungsgemäß dazu bestimmt ist, den Kriegserwitwen in allen Angelegenheiten ihres täglichen Lebens auf Wunsch beratend zur Seite zu stehen. Die Kriegserwitwen stehen jetzt so vielen Fragen gegenüber, die bei keinen Lebzeiten der Mann für sie erledigte; und nun haben sich durch den Tod des Mannes noch viele neue, schwierige Lebensverhältnisse ergeben, in denen sich eine Frau, die bisher mit Gelübden nichts oder wenig zu tun hatte, schwer auskennt. Es mag sich um Erbschaftsangelegenheiten und Geltendmachung von bestrittenen Ansprüchen, Auflösung oder Fortführung des Geschäfts, Verkauf eines Hauses, Erziehung und Berufsaussicht der Kinder und noch vieles andere handeln; alles Dinge, bei denen es besser ist, sich vorher mit einer Vertrauensperson zu besprechen, als in Unkenntnis der Gesetze und Vorschriften und der tatsächlichen Verhältnisse eine Entscheidung zu treffen, die nachträglich schwer wieder zu ändern ist und für die man dann oft schwer zahlen muß. In der Beratungsstelle des Heimatschutz, der juristische und kaufmännische Berater zur Seite stehen, wird Kriegserwitwen täglich zwischen 3 bis 6 Uhr unentgeltliche Auskunft erteilt. Es empfiehlt sich deshalb in allen Fällen, wo eine allein stehende Frau gern sich ausreden möchte, bevor sie eine Entscheidung trifft, sich erst einmal dahin um Rat zu wenden.

— Karlsruher Abend Elly Reu. Die gefeierte Pianistin Elly Reu hat sich durch ihre vorjährigen vier Vertheuerungen und die Wahrscheinlichkeit des vorliegenden Winters bei unseren Musikfreunden glänzend eingeführt. Diesen Winter wird sie nur einen Karlsruherabend geben, und zwar ist derselbe auf Mittwoch, den 17. Oktober angesetzt. Die Vorbereitung dieses Karlsruherabends besorgte auf dieses Mal wieder die Konzertdirektion Hugo Kuhn Nachf. Kurt Reu selbst, doch befindet sich der Kartenverkauf in der Kunsthandlung Gschlo, Moos, Kaiserstraße 187, das das Lobenthal der Hofmusikalienhandlung Kunst Einberufung des Ingabers Herr Kurt Reu selbst während der Kriegsdauer geschlossen bleibt.

— Vortrag. Unsere Leser werden auf den am Donnerstag, den 11. ds. Mts., abends 8 Uhr, im großen Saale des Rathhauses stattfindenden Vortrag des Hauptmanns Graebener über „Die Flandernschlacht“ hierdurch besonders aufmerksam gemacht. Hauptmann Graebener, im Rittmeister Karner in benachbarten Neurent und zur Zeit bei einem Armeekorps-Kommando, hat die Flandernschlacht in vorbestimmter Linie als Kompanieführer mitgemacht, so daß er seinen Zuhörern eine lebendige Schilderung von dieser größten aller Schlachten vermitteln kann. Von der Erhebung eines Eintrittsgeldes wird abgesehen, um so den weitesten Kreisen der Bevölkerung den Besuch dieses hochinteressanten Vortrags zu ermöglichen.

— Marcel Salzer kommt! Am 28. Oktober, abends 8 Uhr, wird hier im Museumsaal Professor Marcel Salzer wieder einen Vortrag abends veranstalten und ein Programm, das hauptsächlich heitere, neue Dichtungen umfaßt, zum Vortrag bringen. Professor Salzer hat bisher rund 272 Wohltätigkeits- und unentgeltliche Vorträge gehalten und bisher rund 76 000 M. für Kriegswohltätige Zwecke aufgebracht. Er war an mehreren Fronten, beim deutschen Kronprinzen, Hindenburg, Erzherzog Friedrich, Prinz Leopold von Bayern, Linigen usw., und hat den Verwundeten und ihren Stäben in den Hauptquartieren, ebenso den Mannschaften an der Front und in den Soldatenheimen, den Verwundeten in den Lazaretten, ergebende und erfrischende Vorträge gehalten. Karten im Preise von 4 M., 3 M., 2 M., 1.50 M. und 1 M. bei Gschlo, Moos, Kaiserstraße 187 von 10—1 und 4—7 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

(1) Bern, 6. Okt. „Petit Parisien“ meldet aus London: Kontradmiral Biard ist am 29. September an den Folgen von Brandwunden, die er sich auf einem Kriegsschiff zugezogen hatte, gestorben. Biard befehligte eine Division der Mittelmeerflotte.

Eine Nichtigstellung.

(1) Berlin, 9. Okt. Großadmiral von Tirpitz richtete an die Blätter ein Telegramm, in dem er feststellt, daß die Behauptung, er habe für den 1. August d. J. die Unterwerfung Englands vorausgesagt, durchaus unwahr sei.

Streik der Transportarbeiter in Paris.

(1) Berlin, 9. Okt. Dem „Verl. Tagebl.“ zufolge berichtet das „Petit Journal“: Ministerpräsident Painlevé habe die Führer des ausländischen Personals der Pariser Automobilomnibusse und Tramwayen empfangen, um mit ihnen einen Ausgleichsvorschlag zu erörtern. An einzelnen Straßenbahnstationen kam es zu Ausschreitungen und Verhaftungen.

Der Schiffsverkehr im Suezkanal.

(1) Berlin, 8. Okt. (Privattelegramm.) Nach einer Meldung der englischen Zeitung „Scotsman“ betrug der gesamte Schiffsverkehr im Suezkanal in dem am 30. Juni 1917 abgelaufenen Jahr 4 257 000 Tonnen gegenüber 10 344 676 Tonnen in dem am 30. Juni 1914 abgelaufenen Jahre.

Die Rekrutierung in Amerika.

(1) Berlin, 9. Okt. Nach einer zuverlässigen Meldung wurden im Monat August 1917 in den Vereinigten Staaten 152 000 Mann eingezogen. Davon sind allein 5948 schwedische Staatsangehörige aus 86 Musterinspektoren. Wie bekannt, werden jetzt auf Wilson's Befehl alle in Amerika anwesenden Neutralem zum Seeresdienst gezwungen, sofern sie nicht in der Lage sind, binnen drei Monaten das Land zu verlassen.

Sturmschäden.

(1) Amsterdam, 9. Okt. Aus dem Badeort Zandvoort wird gemeldet, daß der heftige Sturm großen Schaden angerichtet hat. Gestern früh explodierte eine bei Mut angelegte Mine, wodurch der Schaden noch vermehrt wurde.

Orientreise des Kaisers.

(1) Berlin, 8. Okt. Die „Freisinnige Zeitung“ meldet: Staatssekretär des Äußeren v. Kuhlmann wird am Dienstag Abend den Kaiser auf einer Reise begleiten, die nach Wien, Sofia, Konstantinopel und Budapest führt.

Die Eindämmung des Eisenbahnverkehrs.

(1) Berlin, 9. Okt. Aus Dresden wird dem „Verl. Tagebl.“ mitgeteilt: Noch im Laufe dieser Woche werden die Beschlüsse der verschiedenen deutschen Eisenbahnverwaltungen, die den Verkehr eindämmen sollen, veröffentlicht werden. Sie treffen in erster Linie die Erhebung eines Zuschlages und den Verkehr mit Schnellzügen. Im Winterfahrplan werden auch ganze Züge und Verbindungen fortfallen. Insbesondere ist betont, daß der Personenverkehr von den Zuschlägen befreit bleiben wird. Uebrigens habe Württemberg noch eine besondere Maßnahme getroffen: Eine Sonderbelastung des gesamten Verkehrs an den Samstagsnachmittagen und an den Sonntagen. Man will hierdurch dem gesteigerten Verkehr an diesen beiden Tagen einen Damm entgegensetzen.

Die Ministerkrise in Schweden.

W.B. Stockholm, 8. Okt. Der König empfieng gestern die von ihm berufenen Parteiführer, die die Antworten ihrer Parteien abgaben. Alle Parteien untertrügen mit besonderem Nachdruck den Satz, daß die bisher geführte selbständige und durchaus unparteiische Neutralitätspolitik aufrechterhalten bleibe. Hierauf betrie der König die beiden Reichstagspräsidenten an sich.

Lloyd Georges Schweigt.

(1) Berlin, 8. Okt. Lloyd George sagte seine für letzten Sonntag in den Gewerkschaften in Manchester angelegte politische Rede telegraphisch ab. Das englische Blatt, das diese Mitteilung bringt, spricht die Erwartung aus, daß Lloyd George auch weiterhin schweigen wolle, und daß die Antwort Englands auf die Note des Papstes immerhin Aussicht auf einige Besprechungen mit dem Feinde lassen werde.

Die Opfer des Taifuns in Tokio.

W.B. Tokio, 8. Okt. Die Liste der Opfer des Taifuns wächst rasch. Der Schaden ist so groß, daß vorläufig nur eine ungefähre Schätzung möglich ist. Der Sachschaden beträgt vermutlich über 500 Millionen Yen. In der Präfektur Tokio allein sind über 500 Menschen zugrunde gegangen, 3000 Häuser zerstört, 150000 Häuser beschädigt und 200000 Personen obdachlos. Mehrere Dörfer in der Umgegend von Tokio sind vollständig zerstört. In Sunanpu wurden 308 Leichen gefunden. 300 Einwohner einer kleinen Insel bei Urawasa wurden mit der Insel vom Meere verschlungen. Es wurden weitgehende Hilfsmaßnahmen getroffen.

„Nationaltag des Varietés, Zirkus u. Kabarett“.

Die Variété- und Zirkusleute veranstalten am 12. Oktober in allen Varietés, Zirkus und Kabarett einen Nationaltag, dessen Erträge dem „Heimadant“ des Varietés und Zirkus zugewandt werden. Die für diesen Fonds gesammelten Gelder sollen dazu verwendet werden, solchen Variétéangehörigen der Mittelmächte, die durch den Kriegsdienst oder durch Zwangsverpflichtung ihre Existenz verloren haben, oder ihren Hinterbliebenen Unterstützung zu leisten, durch die ihnen die Neubegründung einer artistischen Existenz oder der Uebergang in einen anderen Beruf ermöglicht wird.

Das ganze Volk der fahrenden Leute macht mobil für diesen Tag, um ihn nicht nur zu einer würdigen, sondern auch zu einer ertragreichen Veranstaltung zu stempeln. Sämtliche Direktoren führen die ganze Eintritts-Einnahme dem „Heimadant“ zu, während die Artisten ihrerseits am 12. Oktober auf ihre Tagesgagen, die bekanntlich oft sehr erheblich sind, verzichten. Von der Anteilnahme des Publikums hängt es ab, ob der finanzielle Erfolg dieses Nationaltages die Bestrebungen des Künstlerbüros mit Erfolg krönen wird. Wir weisen daher auf diesen Nationaltag ganz besonders hin und glauben, daß die zahlreichen Freunde artistischer Kunst durch ebenso zahlreichen Besuch dieses Ehrenabends der deutschen Variétékunst ihren Dank für manche frohe Stunde, die sie in den Tempeln der zehnten Muse genossen haben, abtun werden. Wir möchten hierbei nicht verschweigen, daß sich die Variété- und Kabarettkünstler im Laufe des Krieges zahlreiche Male bei Wohltätigkeitsveranstaltungen in den Dienst der guten Sache gestellt haben. In allen Lazaretten und an den Fronten belebten sie die Stimmung, heilten Verwundete und Kranke auf und förderten ihre Genesung. Die Direktoren ihrerseits gewährten im weitgehendsten Maße den beurlaubten feldgrauen Kriegern freien Eintritt in ihre Theater, Zirkusse und Kabarett. Wo immer die Künstler zur Beteiligung an Wohltätigkeitsveranstaltungen aller Erwerbsstände aufgefordert wurden, da waren sie ausnahmslos gern und freudig bereit, mitzuwirken. Jetzt, wo sie sich zusammengetan haben, um den eigenen Kameraden zu helfen, wird es dem großen Publikum gewiß eine Ehrenpflicht sein, an Gemeinfinn nicht hinter ihnen zurückzutreten.

Auch das Karlsruher Colosseum wird die Einnahmen der Vorstellung am 12. Oktober diesem gemeinnützigen Zwecke zuwenden.

Die Zahl der vertaxten Hunde in Baden.

In der ersten Hälfte des Monats Juni 1917 wurden im Großherzogtum nach Vorgabe des Gesetzes vom 4. Mai 1896 die Hundstörze betragend, 44 234 Hunde angemeldet, von denen 7 in staatlichem Besitz, daher taxfrei waren. In der Zeit vom 16. Juni 1916 bis 31. Mai 1917 wurden 8125 Hunde — davon keine taxfrei — angemeldet. Hiernach beträgt die Gesamtzahl der angemeldeten Hunde 52 359 gegenüber 61 726 im Vorjahre, so daß sich eine Abnahme von 9367 =

15,17 Proz. ergibt, während im Jahre 1916 eine Abnahme von 8,8 Proz., im Jahre 1915 eine Abnahme von 13,75 Proz., im Jahre 1914 eine Zunahme von 4,04 Proz., im Jahre 1913 eine Abnahme von 3,06 Proz., im Jahre 1912 eine Zunahme von 7,18 Proz. und im Jahre 1911 eine Abnahme von 2,24 Proz. zu verzeichnen war.

In den Gemeinden mit unter 4000 Einwohnern, in denen die Taxe 8 M beträgt, wurden innerhalb des eingangs angegebenen Zeitraums insgesamt 38 563 Hunde vertaxt gegenüber 44 247 im Vorjahre, somit weniger 5684 = 12,84 Proz.; in den Gemeinden mit über 4000 Einwohnern, in denen die Taxe ohne den von den einzelnen Gemeinden erhobenen Zuschlag 16 M beträgt, wurden 13 789 Hunde gegenüber 17 473 im Vorjahre, somit weniger 3684 = 21,08 Proz. vertaxt.

Die Gesamtzahl der Hunde aus der Hundstörze betrug demnach ohne den Gemeindefürschlag (Par. 2 des Gesetzes) 52 359 gegenüber 63 344 M im Vorjahre, wovon den Gemeinden die Hälfte zufließt.

Gerichtsverhandlungen.

1. Karlsruhe, 6. Okt. Der Fußknecht Otto Gerstner aus Miesbach ist 18 Jahre alt und hatte einen Tagelohn von 12 bis 14 M. Trotz dieses guten Einkommens konnte Gerstner, der übrigens schon vorbestraft ist, nicht auf ehrlichem Wege bleiben. Er ließ in einem Badefladen in Karlsruhe 8 Pakete Lebensmittelstühle und verbrannte sie zum Teil, zum Teil verkaufte er die Schiene. Wegen Diebstahls im Miesbacher Hof wurde Gerstner zu 4 Monaten Gefängnis, abzüglich der Untersuchungshaft seit dem 8. September, verurteilt.

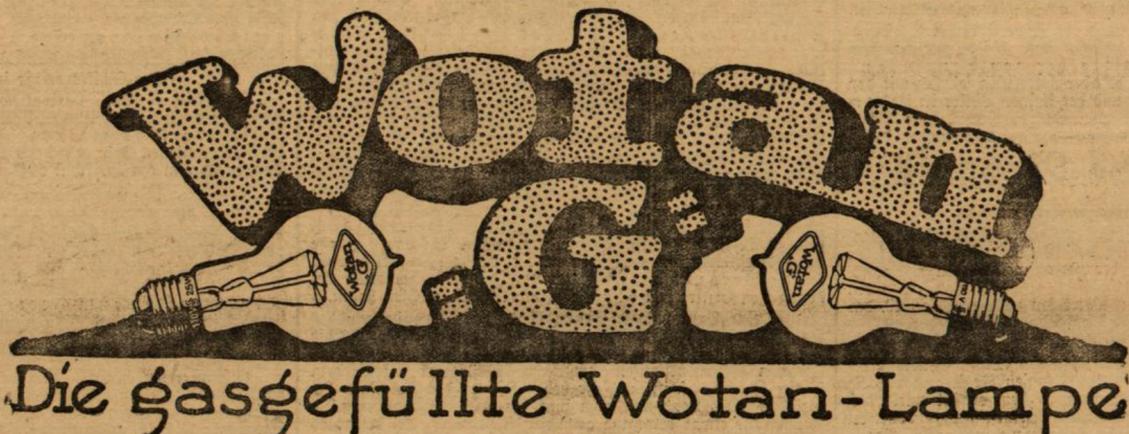
2. Karlsruhe, 6. Okt. Der Hausbursche Artur Dimpfel aus Karlsruhe war im Warenhaus von Knopf beschäftigt und erhielt von dort aus den Auftrag, den Betrag von 21 M 13 Pf. zu erheben. Von dem Gelde unterschlug er 10 M und gab die Summe seiner Mutter. Bei Knopf ließ Dimpfel durch den Hausburschen Ludwig Franke aus Königsbach bei Durlach im Miesbacher Hof das Geld abheben. Er erhielt 8 M dafür und lieferte das Geld dem Dimpfel ab. Dimpfel bezahlte dem Franke 1 M für seine Dienste und hielt ihn auch gefesselt. Franke selbst ist trotz seiner Jugend — er ist ebenso wie Dimpfel erst 15 Jahre alt — außer wegen Diebstahls heute noch wegen fünf schwerer Diebstahls angeklagt. Franke schlich sich in der Zeit vom 4. April bis zum 8. Juni in den Kassenautomaten ein und ließ dem Geschäftsführer größere Geldbeträge und herabste die Kassenkasse. Außerdem eignete er sich Postmarkenstücke, Zigaretten u. a. an. Aus einer Deliktenshandlung in der Erbsengasse hat Franke Briefmarken, Butter u. a. aus einer Briefkassette in der Karlsruher Straße aus einem Kassenautomaten 15 M, an anderen Plätzen mußte er sich auf ähnliche Weise weitere Geldbeträge, Postmarken, Briefmarken u. a. zu verschaffen. In Königsbach und in Karlsruhe versuchte er mehrere schwere Diebstahls, sie kamen aber nicht zur Ausführung, weil er dabei

gefaßt wurde. Endlich machte er sich noch der Unterschlagung eines Betrages von 6 M und zweier Rucksäcken schuldig. Die Strafkammer verurteilte Dimpfel wegen Unterschlagung und Diebstahls unter Einrechnung einer früheren Strafe zu 1 Monat Gefängnis, den Franke wegen schwerer und einfacher Diebstahls, wegen Diebstahlsversuchs, Unterschlagung und Hehlerei zu 7 Monaten Gefängnis, unter Verrechnung eines Monats Untersuchungshaft. — Der Tagelöhner Gustav Deis aus Miesbach war hier bei der Kassenkassette beschäftigt. Er entwendete dort einen 20 Liter Maschinenöl und eine Wasserwaage, ferner an einer anderen Stelle einen Kinderwagen. Das Gericht verurteilte Deis wegen Diebstahls im Rückfalle zu 8 Monaten Gefängnis. — Der Fabrikarbeiter Eugen Gustav Deis aus Karlsruhe begab sich am 24. September auf dem Hauptbahnhof auf einen Bahnhofs- und nahm von einem Postwagen ein Postpaket weg und eignete sich dessen Inhalt (Nahrungsmittel und Zigaretten) an. Wegen Diebstahls und Hausfriedensbruchs wurde Deis zu 4 Monaten Gefängnis, abzüglich eines Monats Untersuchungshaft, verurteilt.

3. Karlsruhe, 8. Okt. Heute vormittag begann die auf zwei Tage berechnete Schwurgerichtsperiode beim Landgericht zu Karlsruhe im 4. Viertel des Jahres 1917. Als erster Fall kam zur Verhandlung die Anklage gegen den Hausdiener Franz Dünzinger aus Schöpsen, Eschenau wegen Mordversuch und gegen die Kellnerin Thelma Enginger aus Eschenau wegen Beihilfe zum Mordversuch. Dem Angeklagten Dünzinger wurde zur Last gelegt, er habe in mehreren Fällen seine Ehefrau versucht zu vergiften, indem er ihr Scheidemesser und andere giftige Flüssigkeiten in Kaffee und in Bier gegeben und am 16. Mai auf einem Acker bei Ruppert mit einem Krügel ihr auf den Kopf geschlagen, bis er gelobt habe, die Frau sei tot. Der Enginger wurde vorgeworfen, sie habe in einer heimlichen Apotheke das Scheidemesser gekauft, mit dem Dünzinger seine Giftmordversuche unternommen habe. Auf Befragen des Vorsitzenden gab Dünzinger an, er habe seine Frau mit dem Krügel geschlagen, weil er hoffe, dadurch Abneigung bei ihr gegen sich zu erregen und dadurch die Eheführung zu erleichtern. Er bestritt, Gift in für die Frau bestimmten Bier, Kaffee und in Bier getan zu haben und gab zu, die Enginger zum Kauf von Scheidemesser veranlaßt zu haben, er habe dies aber lediglich aus Verliebtheit getan. Die Geschworenen sprachen Dünzinger schuldig des Mordversuches und des Giftmordversuches, die Enginger der Beihilfe zum Giftmordversuche. Dünzinger wurde zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, die Enginger zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Weiden wurde 4 Monate Untersuchungshaft angerechnet.

Aus den Staudesbüchern der Stadt Karlsruhe.

6. Okt. Hermann Metz von Au a. Rhein, Signaldirektor hier, mit Maria Busch von Au a. Rhein.



Man beachte die Lichtfülle und das schöne weiße Licht im Vergleich mit anderen Lampen.



Die bekannte Schutzmarke auf der Glasglocke gewährleistet die Qualität.

Bekanntmachung.

Aus Mitteln der Kaiser Friedrich-Stiftung wird dieses Jahr der Beitrag von 1145 Mark zur Verteilung gelangen. Die Erträge dieser Stiftung sind dazu bestimmt, „arme, aber befähigte und sittlich würdige junge Leute unserer Stadt zu tüchtigen Mitgliedern des Gewerbestandes heranzubilden.“
Junge Leute, bei welchen diese Voraussetzungen zutreffen, wollen ihre Bewerbungen um Zuweisung eines Stipendiums aus der genannten Stiftung unter Vorlegung ihrer persönlichen Verhältnisse und Zeugnisse ihrer Schul- und sonstigen Zeugnisse spätestens bis 20. November ds. Js. beim Stadtrat einreichen.
Karlsruhe, den 8. Oktober 1917. 888

Der Stadtrat.

Von der Reise zurück.

Dr. med. R. Unter Ecker
Spezialarzt für Chirurgie u. Röntgenbehandlung
Kaiserstrasse 247. 2170

Großherzoggl. Hoftheater.

Dienstag, den 9. Oktober 1917: 5. Sondervorstellung.
Gutes Gastspiel des Königl. Schwedischen Kammerjägers John Forsell:
„Der Barbier von Sevilla.“
Komische Oper in 3 Akten. Musik von Rossini.
Anfang 7/8 Uhr. Ende gegen 10/11 Uhr.

Berufsberatung des nationalen Frauendienstes.

Sprechstunden: 2161
Dienstag und Freitag 3 bis 5 Uhr.
Städt. Arbeitsamt
Zähringerstr. 100. Zimmer Nr. 20.

75 00 qm eigene Lager mit Bahn- und Hafen-Anschluß.
Robert Haberling
Spedition
Berlin
Köthenerstraße 38
Verzollung
Auslandverkehr

Bürsten und Besen
solide Arbeit, vorzügliches Material, empfiehlt
Blindenvereinigung
von Karlsruhe und Umgebung
Viktoriastrasse 6.
Mittwoch nachmittags von 2 bis 6 Uhr ist das Verkaufslokal geschlossen. 1024

Donnerstag, den 11. Oktober 1917,
8 Uhr abends

Vortrag.

Hauptmann Graebener (Neureut)
zur Zeit bei einem Armeekorpskommando: 2172

„Flandernschlacht“.

Eintritt frei. — Jedermann ist eingeladen.
Der „Ausschuß zur Veranstaltung vaterländischer Feiern“, Karlsruhe.

Herrenal
Das Paradies des nördl. Schwarzwaldes.
Weltbekanntester Kur- und Badeort.
Bestes Gebirgsklima. Herrliche Tannenhochwälder.
Städtisches Kurhaus unter Leitung von Dr. med. Glitsch, Mod. Einrichtungen, Diätische, Kurzielrichtungen für Kriegsteilnehmer, Prospekt d. Kurverwaltung.

Es ist ratsam,
Veränderungen und Reparaturen über Sommer unterziehen zu lassen.
2023
Douladstr. 6, part.

Gute Leipziger
Pelze
in großer Auswahl
Extra billig! Nur
Karl-Friedrichstr. 6
1 Treppe
(neben Fa. Spiegel & Wels Nähe Schloßplatz).
Keine teure Ladenmiete.
K. Schorpp. 2167

Städt. Arbeitsamt
Gesucht werden

Mädchen für Privatsachen
Mädchen für alles
Mädchen z. Aulernen
sowie

Stundenfrauen
für häusliche Arbeiten
für sofort oder später

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienst-Meldestelle
Zähringerstr. 100, III. Stock

Kinder!

sammelt Spitzwegerich und Kernobstkerne.
Der Tiergartenverein, Sofienstraße 26 (täglich 12.10 Uhr) gibt für Kerne von Äpfeln, Birnen 40 Pf. für den halben Liter und für den Bündel Spitzwegerich 10 Pf.